

Staat ohne Maske: Indien in Zeiten des Virus

von Hanns Wienold

Der von Regierungschef Narendra Modi am 23. März verkündete rigide Shutdown führte zu einem Exodus von Millionen temporärer, migrantischer Arbeitskräfte aus den Städten. Über Nacht verloren sie ihre Existenzgrundlage als Tagelöhner, Vertragsarbeiter oder „Solo-Selbständige“, etwa im Straßengewerbe. Oftmals konnten sie sich nur noch für kurze Zeit ernähren. In vielen Fällen blieben Arbeitgeber die Löhne schuldig.

Wie auch in anderen Epidemien waren es die Angehörigen der qualifizierten und mobilen Mittelschicht, die das Virus nach Indien brachten und Taxifahrer, kleine Ladenbesitzer, Bedienstete in den Restaurants, Fahrer und Hausangestellte infizierten. Erst danach griff die neue Pest über auf die Slumbewohner*innen, die Arbeiter*innen auf ihren Baustellen und die Wanderarbeiter*innen, die auf Gehwegen oder in Slums übernachteten. Diese besitzen kaum die Mittel wie fließendes Wasser, sanitäre Einrichtungen und geräumige Unterkünfte, um sich der Seuchengefahr zu erwehren.

Da die öffentlichen Transportmittel weitgehend ausfielen, machten sich die auf die Straße gesetzten Arbeiter*innen mit spärlicher Habe und zum Teil begleitet von ihren Familien zu Hunderttausenden zu Fuß auf den Rückweg in jene Orte, die sie vor Wochen, Monaten oder auch Jahren verlassen hatten. Nur die Kanal- und Latrinereiniger wurden verpflichtet, trotz mangelhafter Ausrüstung ihre demütigende Arbeit fortzuführen.

Die Rückkehr

Viele strandeten auf diesem Weg, wurden von der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken in Auffanglager zusammengetrieben oder landeten in Notunterkünften privater Hilfsorganisationen. Nur wenige Bundesstaaten schickten Züge, um Migrant*innen in ihre Heimat zu bringen. Erst am 29. April wurde der Busverkehr zwischen den Bundesstaaten erlaubt. Das *Stranded Workers Action Network* berichtete bereits Anfang April von 189 Todesfällen im Zusammenhang der zwangsweisen Internierungen, darunter Suizide, Opfer von Polizeigewalt, Erschöpfung oder Nahrungsmangel.

Auch in ihren Dörfern finden die überwiegend aus den niedrigsten Kasten stammenden Migrant*innen Misstrauen vor: Ortseingänge werden von höheren Kasten verbarrikadiert. Rückkehrer werden bei der Polizei denunziert. In der Abwehr der vermeintlichen Gefahr von außen kommt es auch zu Übergriffen mit Todesfolgen. Angesichts der mangelnden

Vorbereitung des Zentralstaates springen fast überall karitative Organisationen und religiöse Gemeinden mit offenen Küchen, Unterkünften und Nottelefonen ein. Gut 9.500 Camps werden von NGOs organisiert, gegenüber rund 7.800 der Regierung. Angst, Mitleid und Fürsorge – aber auch die Verstärkung der Kastendistanzen – halten sich die Waage.



Ein Kontinent der Armut

Im Zensus von 2011, dessen Ergebnisse in Bezug auf Migrant*innen erst 2019 veröffentlicht wurden, wurden indienweit 455 Millionen Personen erfasst, die seit mehr als sechs Monaten nicht an ihrem „gewöhnlichen Wohnort“ lebten – gegenüber 2001 ein Anstieg von 141 Millionen. Diese Zahl dürfte mittlerweile um weitere 100 Millionen gestiegen sein. Gut die Hälfte davon hat keine dauerhafte Niederlassung am Zielort im Sinn und kann daher als temporäre Wanderarbeiter*innen gelten, die zwischen Land und Stadt zirkulieren und eine Art Brücke zwischen der städtischen und ländlichen Armut schlagen. Ihr Ziel ist in der Mehrheit eine Arbeit im informellen Sektor der mittleren und großen Städte.

Laut Zensus suchten 84 Prozent der Männer eine Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft, bei den Frauen waren es 65 Prozent. Zusammen bilden sie den Hauptteil der städtischen Unterschichten, die ohne Arbeitsverträge, Sozial- und Krankenversicherungsansprüche und häufig auch ohne feste Bleibe die informelle Wirtschaft betreiben. Rechnet man die Tagelöhner und temporären Arbeitskräfte aus dem formellen

Sektor hinzu, so waren 2011 etwa 87 Prozent der Erwerbstätigen in den indischen Städten sozial und arbeitsrechtlich weitgehend ungesichert. Zusätzlich sind die umfangreichen saisonalen Arbeitskräftewanderungen (zwischen ein und sechs Monaten) zu berücksichtigen, die ebenso wie die Pendler*innen zwischen Dörfern und Städten vom Shutdown „aufs Trockene“ gesetzt wurden.

Im März machten sich gut 120 bis 140 Millionen Menschen auf den Weg in ihre Herkunftsregionen. Viele verbleiben aber auch in den Städten, überdauern in Slumbehausungen, Bau- und Arbeitsstellen oder unter Brücken und sind weitgehend auf die Mildtätigkeit von öffentlichen Küchen angewiesen.

Corona se pehle bhookh maar negi. Hunger killt uns vor dem Coronavirus.

Bhole, ein Arbeitsmigrant

Wachstum ohne Arbeit

Die offenkundige Schwäche der indischen Wirtschaft besteht trotz der imponierenden Wachstumsraten im *jobless growth*: der jährliche Zuwachs an Arbeitsplätzen im formellen Sektor von allenfalls zwei oder drei Millionen kann den jährlichen Zustrom von etwa 15 Millionen junger, zum Teil in Privatschulen gut vorbereiteter Arbeitssuchender nicht aufnehmen.

Gleichzeitig zwingt die seit Jahrzehnten anhaltende Agrarkrise durch die fortschreitende Fragmentierung der bäuerlichen Betriebe und den Anstieg landloser Arbeitskräfte in fast jedem Haushalt Angehörige dazu, auf der Suche nach Arbeit fortzugehen. 50 Prozent der Betriebe bewirtschaften weniger als 1 Prozent des kultivierbaren Landes. Kleinbäuerliche Haushalte besitzen durchschnittlich weniger als einen Hektar Land und erwirtschaften damit kaum ein Drittel des notwendigen Bedarfs. Gerade auf dem Land ist der Hunger endemisch. Seit Ende der 1990er Jahre haben Hunderttausende von Farmern (und auch Farmerinnen) ihren Betrieb aufgegeben. Nach offiziellen Zählungen hatten bis 2016 mehr als 300.000 bäuerliche Produzent*innen den Suizid gewählt.

Kleinbäuerliche Haushalte besitzen durchschnittlich weniger als einen Hektar Land. 50 Prozent der Betriebe bewirtschaften weniger als 1 Prozent des kultivierbaren Landes.

Auch wenn die offiziellen Armutszahlen weniger als 30 Prozent der 1,3 Milliarden Inder*innen als „arm“ bezeichnen, sind Hunger und Unterernährung allgegenwärtig, gerade bei Kindern und Frauen. Seit der Verabschiedung des *National Food Security Acts* von 2013 werden 75 Prozent der ländlichen und 50 Prozent der städtischen Haushalte mit subventionierten Nahrungsmitteln (Weizen, Reis und Hülsenfrüchte) versorgt. Zugeteilt werden die Rationen über rund 500.000 *ration shops*. Die Hilfen können den Hunger jedoch nur teilweise stillen. Zudem ist das System von irregulären Abflüssen, Korruption und Misswirtschaft geplagt. Viele der bedürftigen Haushalte haben keinen Zugang zu den zunehmend digital verwalteten Berechtigungskarten. In der aktuellen Corona-Krise zeigt

das *Public Distribution System* (PDS) seine systemischen Schwachstellen, da die Arbeitsmigrant*innen fern von ihren anspruchsberechtigten Haushalten über keine Nachweise und damit keinen Zugang zum System verfügen. Nach jahrelangen Verzögerungen verspricht die Regierung nun eine Umstellung auf individuelle und ortsungebundene *ration cards*.

Derweil quellen die pharaonischen Getreidelager der Zentralregierung mit 77 Millionen Tonnen über. Die Zusagen der Regierung, die in das PDS Eingeschriebenen für zwei oder drei Monate mit kostenlosen Zuteilungen von gerade einmal 3,5 Millionen Tonnen zu versorgen, dienen jedoch kaum dazu, das strukturellen Dilemma des indischen Ernährungssystems zu lösen. Da für die Zuteilungen an die Bundesstaaten weiterhin die Bevölkerungszahlen des Zensus von 2011 zugrunde liegen, bleiben weit über 100 Millionen Inder*innen unberücksichtigt.



Was tun?

Mit der Rückkehr eines großen Teils der Wanderarbeiter*innen versiegen über Nacht die Rücküberweisungen in die Heimatorte. Das von der Vorgängerregierung geschaffene weltweit größte Arbeitsbeschaffungsprogramm für ländliche Regionen, nach dem jeder Haushalt ein Recht auf 100 Arbeitstage zum Mindestlohn hat, war bei der jetzigen Regierung zunächst unbeliebt und ist unterfinanziert. Eines seiner Ziele war die Eindämmung der temporären Arbeitswanderungen. Es wurde jedoch nicht im vollen Umfang umgesetzt, nicht zuletzt wegen des Widerstands der Landeigentümer. Nun steht es vor einer ungeheuren, kaum zu bewältigenden Belastungsprobe. Die Überfüllung von ausgehungerten Dörfern mit unterbeschäftigten Arbeitskräften dürfte verheerenden Folgen für Arbeitslöhne und kollektive Verhandlungen nach sich ziehen. Die bisherige grausame Indifferenz des Staates und seiner Regierung gegenüber den Leiden der *downtrodden* verspricht wenig Gutes.

Prof. Dr. Hanns Wienold, Beiratsmitglied von FIAN Deutschland, hat langjährige Feldforschung in Lateinamerika und Südasiens durchgeführt. 2019 veröffentlichte er das Buch „Indien Heute. Die Armut bleibt unbesiegt.“



27. März: Lockdown in Bangalore (© Nicolas Mirquet, Flickr)